

Deutschland und China: Vielspurige Geschichte und unklare Zukunft

Es sieht alles sehr schön aus. Die Website der Botschaft der Volksrepublik China spiegelt, was im Jahre 2012 offizielle deutsche Politik ist: „40 Jahre Deutsch-chinesische Beziehungen“, „Deutschland und China – 40 Jahre diplomatische Beziehungen“ und „De Zhong jian jiao sishi zhou nian“. Aber das Schöne wirft Fragen auf. Warum nur vierzig Jahre? Die Volksrepublik China ist 63 Jahre alt. Was war vorher? Wo war Deutschland 1949?

Welches Deutschland?

Dass man diese Fragen überhaupt aufwerfen muss, gründet sich in der verwirrenden Unentschlossenheit, mit der das seit 1990 vereinigte Deutschland mit seinem Erbe umgeht. Oder deutlicher: Die Unfähigkeit des offiziellen Deutschland, die deutsch-chinesischen Beziehungen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in ihrer Gesamtheit zu würdigen, ist konzentrierter Ausdruck seiner allgemeinen Unfähigkeit, die Deutsche Demokratische Republik als Teil ihres Erbes anzuerkennen. Sie ist die Fortschreibung des Alleinvertretungsanspruchs der alten Bundesrepublik Deutschland und somit die Fortschreibung eines wichtigen Prinzips des Kalten Krieges. Dass dies zu einer bedeutsamen Verarmung der heutigen deutschen Außenpolitik geführt hat und weiter führt, ist schon auf verschiedenen Potsdamer Kolloquia – etwa zu den deutsch-polnischen Beziehungen oder zur deutschen Nahostpolitik – herausgearbeitet worden. Mit den deutsch-chinesischen Beziehungen klärt sich das Bild um ein Weiteres. Vierzig Jahre diplomatische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China: In solchem Verständnis spielt der Epochenbruch des Jahres 1990 offensichtlich keine Rolle. Die Wiedervereinigung ist dann nicht die Entstehung eines neuen Staates, sondern eine Fußnote in der Geschichte eines fortdauernden. Das Hinzukommen der DDR erscheint als ein Beitritt wie weiland der des Saarlandes, nicht mehr. Das ist die seltsame Auflösung eines Epochenkonflikts. Sie bewahrt freilich davor, schmerzhaft Fragen an die Vergangenheit stellen zu müssen. Zum Beispiel die, warum die Bundesrepublik Deutschland die Volksrepublik China erst vor 40 Jahren anerkannt hat. Warum sie erst 1972 den Realitäten der Entwicklung in Ostasien und in der Welt Rechnung getragen hat. Und was vorher gewesen ist. Und wenn die Anerkennung der VR China eine so bedeutsame Angelegenheit war, dass man guten Grund sieht, sie vierzig Jahre später ordentlich zu feiern – wieso war dann der Vollzug dieses so wichtigen Schrittes durch den anderen deutschen Staat, die Deutsche Demokratische Republik, 23 Jahre zuvor, im Oktober 1949, etwas, das man heute lieber vergessen sollte?

Die deutsch-chinesischen Beziehungen waren und sind keine zentrale Achse der Weltpolitik. Sie hatten und haben auch weder im Gesamtgeflecht der jeweiligen deutschen noch der chinesischen Außenpolitik Priorität. Dennoch haben einige Entwicklungen in diesen Beziehungen weltpolitische Dimension. Zum Beispiel 1950-1953. Damals sprach man in Europa und im atlantischen Raum vom „Kalten Krieg“, aber in Ostasien begann der Koreakrieg, und das war ein opferreicher und materialintensiver heißer Krieg, der zeitweilig das Potenzial in sich trug, zum Ausgangspunkt eines Dritten Weltkrieges zu werden. In diesem Krieg standen die beiden deutschen Staaten auf der je anderen Seite. Die Seite der DDR war die der VR China und der Koreanischen Volksdemokratischen Republik, der KVDR. Das war, weil die DDR Bestandteil des sowjetischen Machtblocks war, logisch und bei Strafe ihres Untergangs alternativlos. Die Positionierung ihres Staates hat die Bevölkerung der DDR teuer bezahlt. Oft wird vergessen, dass dem Aufstand vom 17. Juni 1953 eine scharfe Erhöhung der sowjetischen Forderungen nach rüstungsrelevanten Wirtschaftsleistungen der DDR für die Sowjetunion vorausgegangen war. Bedenkt man, dass der Koreakrieg seitens der USA in Verfolg ihrer Containment-Strategie vor allem als ein Krieg gegen die als Hauptfeind apostrophierte VR China geführt wurde, so ist die Leistung der DDR sowohl in ihrer politischen Positionsnahme als auch in ihrer wirtschaftlichen Anstrengung zugunsten der die VR China unterstützenden Sowjetunion zweifellos als gewichtige Solidaritätsleistung zu werten. Die Seite der Bundesrepublik Deutschland im Koreakrieg war die andere, die der USA. In der Folgerichtigkeit ihrer Bündniseinbindung hatte die Bundesrepublik sich gegen eine Anerkennung der VR China entschieden, sah Taiwan als das eigentliche China an und unterstützte die USA auch im Koreakrieg. Ganz anders als die DDR wurde sie aber durch ihre Positionsnahme wirtschaftlich nicht geschwächt, sondern im Gegenteil enorm gestärkt. Unter den Bedingungen der nahezu unbeschränkten Zahlungsfähigkeit der USA wurde der Koreakrieg für die bundesdeutsche Wirtschaft zu einer Konjunkturspritze großen Ausmaßes, zur Initialzündung für all das, was später als „deutsches Wirtschaftswunder“ weltweit Aufmerksamkeit

erregte. Im Resultat des sogenannten Korea-Booms – das heißt im Klartext: im Resultat eines Krieges gegen die VR China – wuchs die Wirtschaftsleistung von 96% des Standes von 1939 im Jahre 1950 auf 174% dieses Standes 1954. – Zwei deutsche Chinapolitiken, wie sie unterschiedlicher nicht sein können.

In den folgenden Jahren bis in den Beginn der 1960er Jahre hinein wurde die VR China für die DDR in einer bis dahin in den deutsch-chinesischen Beziehungen nicht gekannten Weise ausdrücklich Freundesland. Das spiegelte sich in allen Bereichen des Lebens: in der Bildung und Erziehung, in den Künsten, in den Medienberichten. Die Gemeinsamkeit des Sozialismus von Magdeburg bis Beijing, Shanghai – und darüber hinaus gehend bis Pyongyang –: Das war für nicht wenige Menschen tatsächlich ein Lebensgefühl. Deutsche aus der DDR weilten in jener Zeit nicht nur als Diplomaten oder Außenhändler in China, sondern auch als Chemiker, Monteure, Werkseinrichter, Tierärzte oder Mechaniker und als Studenten. Schriftstellerinnen und Schriftsteller wie Anna Seghers, Bodo Uhse und andere reisten nach China und berichteten darüber. Weit verbreitete Kinderbücher wie „Das eiserne Büffelchen“ von Alex Wedding vermittelten ein Bild von China und den Chinesinnen und Chinesen, das ganz auf die Gleichheit aller Menschen, auf Freundschaft, gegenseitiges Verständnis und Solidarität gerichtet war. Bildbände dokumentierten die Ähnlichkeit der Anstrengungen bei der Gestaltung einer neuen Gesellschaft. Und es gab in diesen 1950er Jahren erstaunliche Ansätze gesellschaftspolitischer Zusammenarbeit. Der Unterrichtstag in der Produktion für Schülerinnen und Schüler ab der 7. Klasse in der DDR – ein alle zwei Wochen in den Schulrhythmus eingefügter Tag der praktischen Ausbildung in Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben mit dem Ziel der Lehre und des Kennenlernens unterschiedlicher Berufe und Produktionsbedingungen – sowie die Organisation halbstaatlicher Betriebe gingen auf chinesische Anregungen zurück. Und man lese die aus dem Jahre 1953 stammenden Betrachtungen von Anna Seghers zur Rolle der beiden Reden zur Literatur, die Mao Zedong in den 1940er Jahren in Yan'an gehalten hat, für die Entwicklung der Künste im Sozialismus, um einen Eindruck davon zu erhalten, in welcher Weise damals Momente eines tatsächlich pluralen Sozialismus aufschienen.

Dies alles endete in den 1960er Jahren, als die DDR in den Streit zwischen der Sowjetunion und China hineingezogen wurde. Für ein eigenständiges Handeln der DDR fehlten alle Voraussetzungen. Da die Bundesrepublik an ihrer an die USA gebundenen Feindseligkeit gegenüber der VR China und an ihren Beziehungen mit Taiwan festhielt, war die VR China in den 1960er Jahren mit zwei unterschiedlichen deutschen Feindseligkeiten konfrontiert: mit der der DDR und der der Bundesrepublik.

Anfang der 1970er Jahre begannen die USA umzusteuern, und in ihrem Gefolge tat es auch die Bundesrepublik. Im Oktober 1972 nahm sie diplomatische Beziehungen mit der VR China auf. Diesem Schritt voraus gegangen waren im Jahre 1971 die Einsetzung der VR China in ihre UNO-Rechte, die bis dahin von Taiwan wahrgenommen worden waren, und im Februar 1972 der Besuch des Präsidenten der USA Richard Nixon in China. 1973, ein Jahr nach der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und China, wurden beide deutsche Staaten Mitglied der UNO. Mit diesem Schritt der Anerkennung der Herrschaft der Gongchandang (der KP Chinas, KPCh) vollzog die Regierung der Bundesrepublik einen Paradigmenwechsel. Sie überschritt die bis dahin in den deutsch-chinesischen Beziehungen stets geltende Klassengrenze. 1972 war die chinesische Kulturrevolution noch immer im Gange. Sowohl von ihren Ideen wie auch von ihren wirtschaftspolitischen Grundsätzen her waren die Bundesrepublik und die VR China in dieser Zeit noch weiter voneinander entfernt als ohnehin. Aber das war kein Hindernis. Jede der beiden Seiten verfolgte ein weltpolitisches Kalkül, hinter dem alles andere zurücktrat. Aus je eigenem Interesse waren beiden Seiten an einer Schwächung der Sowjetunion gelegen, und dazu trat ein ebenso je eigenes Interesse an einem größer werdenden globalen Spielraum insgesamt. Die DDR geriet in diesem Prozess in ein nie mehr aufholbares Hintertreffen. Ihre Beziehungen zur VR China waren in der Kulturrevolution zwar nicht abgebrochen worden, lagen aber auf Eis, und eine Chance zum Herauskommen aus dieser Eiszeit eröffnete sich erst nach dem 3. ZK-Plenum der Gongchandang im Dezember 1978.

Als die Führung der Gongchandang in den 1980er Jahren ihre Konzepte der wirtschaftlichen und politischen Reform ausbaute und verstetigte, kam es zu einer immer „normaler“ werdenden Gleichzeitigkeit zweier ebenso immer „normaler“ werdenden deutsch-chinesischen Beziehungen. Aber die Tendenz dieser beiden Beziehungen war gegenläufig: Während die DDR im Zuge des

allgemeinen Niedergangs der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten osteuropäischen Länder auch in ihren Beziehungen zur VR China keine Zukunftsperspektiven mehr zu entwickeln vermochte, gelang es der Bundesrepublik immer besser, ihre wirtschaftliche Kraft für den rasanten Aufschwung der chinesischen Wirtschaft interessant zu machen. Zugleich wurden in beachtlicher Qualität Wissenschafts- und Kulturbeziehungen entwickelt. Darüber hinaus pflegte die Bundesrepublik mit zunehmend entspannter Duldung durch die VR China ihre nun nicht mehr diplomatischen, aber auf anderer Ebene funktionierenden Beziehungen zu Taiwan.

Bevor sich am 3. Oktober 1990 mit dem Ende der DDR auch das Kapitel der Beziehungen der DDR zur VR China schloss, bildete der 4. Juni 1989 noch einmal einen markanten Kulminationspunkt in diesen Beziehungen. Die Führung der VR China zerschlug gewaltsam die Proteste auf dem Platz am Tiananmen, und die DDR-Führung stellte sich demonstrativ hinter diese Gewaltanwendung. Das war Teil ihres Grundverständnisses vom Sozialismus als einer von Opposition freien Gesellschaft, und es war Ausdruck ihrer Hoffnung, mit solch einem Bekenntnis die Entwicklung oppositioneller Gruppen in der DDR aufhalten zu können. Dies gelang ihr bekanntlich nicht; der Zusammenbruch der SED-Herrschaft war nicht mehr aufzuhalten. Stellt man die Frage, warum sich in den Umbrüchen des Herbstes 1989 in der DDR trotz der Position der SED-Führung vom Juni das Prinzip der Gewaltfreiheit durchzusetzen vermochte, so ist heute, im Rückblick, Raum für die Vermutung, dass die Dramatik der Bilder, die Deutschland und Europa aus Beijing erreichten, und die Vehemenz, mit der sie öffentlich diskutiert wurden, einen Beitrag dazu leisteten.

Zwei Linien schon früh

Das Erbe der „vierzig Jahre“ auszuloten braucht selbstverständlich auch den Blick in die noch weiter zurück liegenden Epochen. Denn so, wie das Erbe der DDR in den deutsch-chinesischen Beziehungen trotz seiner ideologisch und tagespolitisch begründeten Ausblendung und Missachtung auf diese und jene Weise in die Zukunft fortwirkt, so wirkt auch das Erbe der deutsch-chinesischen Beziehungen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg und im Zweiten Weltkrieg in diesen Beziehungen fort, und bei dessen näherer Betrachtung zeigt sich, dass es auch in dieser Zeit – und nicht nur in der Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit – zwei ganz unterschiedliche, ja entgegengesetzte deutsche Chinapolitiken gab. Und: Es gab auch unterschiedliche Chinas.

Der Beginn der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und China wird allgemein auf das Jahr 1861 datiert. Damals entsandte Preußen, bis dahin nur Zuschauer der vor allem von England, Frankreich und Russland betriebenen Ausplünderung Chinas, eine Mission nach Beijing, um aus dieser Zuschauerrolle heraus zu kommen. 1871 übernahm das nun gegründete Deutsche Reich die diesem Vorhaben günstigen Verträge, und 1897 erhob es sich mit der Unterwerfung des „Pachtgebietes“ Jiaozhou (Kiaotschou) zur Kolonialmacht. Damit nicht genug, machte Kaiser Wilhelm II. in den Folgejahren China zum Prüfstein und Testfeld seiner Weltmachtambitionen. Als 1900/1901 die acht imperialistischen Mächte Großbritannien, Frankreich, USA, Russland, Österreich-Ungarn, Italien, Japan und Deutschland die Yihetuan yundong, die „Boxer“-Bewegung, mit militärischer Gewalt niederschlugen, stellte sich Deutschland mit 20.000 Mann an die Spitze der Truppenkontingente. Kaiser Wilhelm II. hielt in Bremerhaven zur Verabschiedung der deutschen Soldaten seine berühmte „Hunnen-Rede“. Sie ist seither oft zitiert worden als unseliges Beispiel deutschen Chauvinismus' und deutscher Überheblichkeit. Es möge, so hatte der Kaiser ausgerufen, durch die militärische Gewalt seiner Soldaten „der Name Deutschlands in China in einer solchen Weise bekannt werden, dass niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen“. Die Soldaten handelten entsprechend und praktizierten, nachdem die „Boxer“ militärisch längst geschlagen waren, an chinesischen Dörfern eine Strategie der „verbrannten Erde“. Es fand hier erstmals statt, was später im Zweiten Weltkrieg von deutschen Armeen an tausenden Städten und Dörfern in der Sowjetunion und anderswo in Ost- und Südosteuropa wiederholt wurde.

Gegen diese Politik des Kaisers und der ihn stützenden Industriellen und Militärs stellte der Sozialdemokrat August Bebel im Reichstag sein Konzept des entschiedenen Antikolonialismus. Im Gegensatz zur überwältigenden herrschenden Auffassung sah er in den Aufständischen chinesische Patrioten, die allen Grund hatten, sich gegen die Unterwerfung ihres Landes durch die imperialistischen Mächte zur Wehr zu setzen. Zwei Chinapolitiken, wie sie gegensätzlicher nicht sein können. Und diese Gegensätzlichkeit setzte sich in den späten 1920er Jahren fort. Im von japanischer Aggression und Bürgerkrieg zerrissenen China stellten sich deutsche Offiziere an die Seite von Jiang Jieshi (Tschiang Kai-schek) und spielten eine wichtige Rolle im Kampf der von ihm

geführten Armee der Guomindang (der National-Partei) gegen die Rote Armee der Gongchandang. Deutsche Kommunisten wiederum stellten sich an die Seite der Gongchandang. Zwei deutsche Chinapolitiken in zwei unterschiedlichen Chinas.

Und weiter spitzten sich die Dinge zu, als 1933 in Deutschland die Nazis die Macht übernahmen. 1935, als Hitler und Jiang Jieshi sich gegenseitig als Verbündete suchten und fanden, prophezeite auf der anderen Seite der deutsche Kommunist Heinz Grczyb, der in China als Xi Bo und in Deutschland als Asiaticus bekannt ist, von China aus in der im antifaschistischen Exil erscheinenden „Neuen Weltbühne“, dass der Lange Marsch zum Ausgangspunkt des Triumphes der chinesischen Revolution werde und diese Revolution die Welt zu verändern vermöge. Was für eine Voraussicht! Es ist dieses die Welt verändernde China, über das wir heute reden. Im November 1936 wurde Deutschland mit dem Antikomintern-Pakt direkter Verbündeter Japans in dessen Krieg gegen China. Im Februar 1938 stellte Hitler diplomatische Beziehungen mit Japans Marionettenstaat „Manzhouguo“ in Nordostchina her und begründete seine Entschlossenheit zum Zusammengehen mit Japan damit, dass China nicht stark genug sei, um allein mit der kommunistischen Bedrohung fertig zu werden. Das war seine Antwort auf die Zusammenarbeit von Guomindang und Gongchandang, wie sie sich seit dem Beginn der umfassenden japanischen Aggression am 7. Juli 1937 entwickelt hatte.

Aber diese Zusammenarbeit von Guomindang und Gongchandang blieb immer eine zerbrechliche, und das spiegelte sich auch in der Haltung zu Deutschland wider. Während die Gongchandang unter Mao Zedong 1938 die deutsche Aggressionspolitik in Europa mit der Besetzung Österreichs und der Okkupation der Tschechoslowakei verurteilte und sich dann erst recht gegen den Überfall auf Polen am 1. September 1939 wandte, spekulierte Jiang Jieshi im Sommer 1940, als im Ergebnis des sowjetisch-chinesischen Nichtangriffsvertrages vom August 1937 und dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom August 1939 – dem Hitler-Stalin-Pakt – die alte, von Sun Yatsen stammende Idee eines deutsch-sowjetisch-chinesischen Kontinentalbündnisses noch einmal aufschien, offen mit einer erneuten Annäherung an Deutschland. Aber die Dinge waren nicht mehr aufzuhalten. Deutschland verstärkte seine Bindungen mit Japan – und Italien – durch den Dreimächtepakt. Mit dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 klärten sich endgültig die Fronten. Mao Zedong erkannte in diesem Überfall den Anfang vom Ende der faschistischen Herrschaft. Hitler stellte am 1. Juli 1941 diplomatische Beziehungen mit der von den Japanern auf dem von ihnen besetzten Territorium eingesetzte Regierung unter Wang Jingwei her. Und Jiang Jieshi erklärte am 8. Dezember 1941 im Zusammenhang mit dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour Deutschland den Krieg.

China wurde zum Bestandteil der Antihitlerkoalition und gehörte 1945 zu den Siegermächten. Es steht außer Frage, dass der Widerstandskampf der chinesischen Armeen gegen die japanische Aggression von globaler Bedeutung war und auch zur Niederlage des faschistischen Deutschland beitrug. Wäre Japan in der Lage gewesen, so, wie es in Berlin einmal gedacht war, eine zweite Front gegen die Sowjetunion zu eröffnen, hätte die Geschichte zweifellos einen anderen Verlauf genommen. Die Stärke des chinesischen Widerstandes hat diese zweite Front verhindert.

Weiter Weg zur Zukunftsfähigkeit

Dies alles hier in aller Kürze in Erinnerung zu rufen ist notwendig, weil es die Vorgeschichte der deutschen Zweistaatlichkeit ist und in den dann entstandenen beiden deutschen Staaten natürlich unterschiedlich bewertet und gewichtet wurde. Es entstanden in beiden deutschen Staaten zwei unterschiedliche Erzählungen der deutsch-chinesischen Geschichte. Dies ist kein Nachteil, sondern ein Vorteil – der aber von der herrschenden deutschen Außenpolitik nicht als solcher begriffen wird. Deutschland hat – und das zeigt sich eben auch und besonders in seiner Chinapolitik – die Herstellung der deutschen Einheit 1990 nicht zu einem Neuanfang genutzt, sondern ist in den Geleisen der alten Bundesrepublik weitergefahren.

Das aber ist ein Kurs, der sich konträr zur Lebensfrage des 21. Jahrhunderts verhält. Diese Lebensfrage ist Frieden. Frieden der Völker untereinander und Frieden aller Völker mit der Natur. Nur dann, wenn mit den knapper werdenden Ressourcen an Luft, Wasser, Boden, Öl, Erzen, seltenen Erden usw. in globaler Kooperation umgegangen wird, hat die Menschheit eine Chance. Hingegen wird alles, was auf Krieg und Konfrontation hinausläuft, diese Chancen verringern. An dieser Frage muss sich alle Außenpolitik, müssen sich alle internationalen Beziehungen messen lassen.

Das klingt so einfach. Fast kindlich sogar. Und was – zu allem Überfluss – soll da noch der Verweis auf 40 Jahre Beziehungen zwischen der VR China und der DDR. Als ob nun ausgerechnet die Beziehungen eines solch kleinen Staates, wie es die DDR nun einmal war, von irgendeiner Vorbildlichkeit gewesen sein könnten. Aber das Problem ist: Es wird ja gar nicht erst die Frage gestellt nach einer solchen möglichen Vorbildlichkeit. Oder danach, was auch aus den Niederlagen zu lernen wäre. Eine Bilanz des 20. Jahrhunderts in den deutsch-chinesischen Beziehungen sagt doch eines sehr eindeutig: Zeiten der Konfrontation sind stets zu Ungunsten des jeweiligen deutschen Staates ausgegangen. Es ist also viel gründlicher als bisher danach zu fragen, wie Konfrontation durch Zusammenarbeit ersetzt werden kann. Und dabei, selbstverständlich, spielen alle Erfahrungen des 20. Jahrhunderts eine Rolle. Auch die der gesellschaftspolitischen Nähe, wie sie die DDR in den 1950er Jahren zur VR China gehabt hat.

Die gegenwärtige Situation in der deutschen Chinapolitik ist eine sehr vielschichtige. In Zahlen ausgedrückt, nehmen die wirtschaftlichen Beziehungen eine gute Entwicklung. Aber es sind Beziehungen im „klassischen“ kapitalistischen Sinne, das heißt: Beziehungen der Konkurrenz, Beziehungen des harten Kampfes um die jeweils günstigsten Preise, um den jeweils größten Profit. Sie bergen daher auch immer enormen Konfliktstoff. Die wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen haben einen wenig Aufsehen erregenden Charakter. Projekte, die über das Alltägliche hinausgehen, sind nicht zu erkennen. Und in den weltpolitischen Fragen scheint sich eine neue Lagerbildung eher zu verschärfen denn abzumildern. Formeln, wie sie um den Bürgerkrieg in Syrien geschlungen werden nach dem Duktus „Weltgemeinschaft hier – China (und Russland) da“, sind wenig geeignet, tatsächlich gangbare Lösungswege aufzuzeigen. Genau zu prüfen ist, in welcher Weise die traditionelle deutsche Arroganz gegenüber China auch heute immer wieder eine Rolle spielt und auf welche Weise sie den Weg hin zu neuen Formen der Zusammenarbeit versperrt. Noch gut in Erinnerung ist vielen die unerträgliche Entscheidung des öffentlich-rechtlichen deutschen Fernsehens, die Eröffnung der Olympischen Spiele in Beijing 2008 mit einem von Sarkasmus triefenden Kommentar zu begleiten, und auch das Titelblatt der Zeitschrift „Der Spiegel“ mit dem knalligen Aufmacher „Die gelben Spione“ war keinesfalls ein zufälliger Ausrutscher, sondern hatte eher Trend setzenden Charakter. Die Stimmungen der Völker auf Konflikt zu stellen hat sich in der Vergangenheit immer als verhängnisvoll erwiesen, und es gibt keinen Grund anzunehmen, dass dies künftig anders sein könnte.

Wo also sind die Ansätze in den deutsch-chinesischen Beziehungen, es einmal anders zu probieren? Sich etwa der drei Volksprinzipien des Sun Yatsen zu erinnern und sie, die auf Frieden hinauslaufen, visionär ins Heute zu übertragen? Oder gemeinsam zu prüfen, ob die Grundsätze der „harmonischen Gesellschaft“ nicht auf die internationale Politik zu übertragen wären? Wo sind gemeinsame deutsch-chinesische Vorschläge an die UNO zum Klimaschutz, zum schonenden Umgang mit den Ressourcen, zur kooperativen und friedlichen Nutzung der seltenen Erden? Wo sind gemeinsame Stellungnahmen dazu, dass es an der Zeit ist, anzuerkennen, dass wir alle uns um das „Gemeinsame Haus Welt“ kümmern müssen und heraus müssen aus den konfrontativen Strukturen der Vergangenheit? Die Sun-Yatsen-Idee vom Kontinentaldreieck China-Sowjetunion-Deutschland war zwangsläufig konfrontativ gedacht, denn die Verhältnisse in den 1920er Jahren waren konfrontativ. Sie kann daher auch nicht einfach wiederbelebt werden. Sie zu denken kann dennoch helfen, sich aus der konfrontativen Logik, die nach wie vor der NATO innewohnt, zu befreien. Oder anders: Sie zu denken kann helfen, sich wieder stärker in Richtung UNO und universaler Sicherheits- und Kooperationskonzepte zu bewegen.

Die deutsch-chinesischen Beziehungen sind in der Welt keine zentralen Beziehungen, aber sie sind auch nicht Beziehungen irgendwo am Rande. Sie müssen aufs Ganze, aufs Globale gerichtet sein und finden ihre Bewährung in der Friedens- und Zukunftssicherung. Nur das kann im 21. Jahrhundert der Maßstab sein.

Wolfram Adolphi, Dr. sc. phil., Potsdam, Jg. 1951; Politikwissenschaftler; derzeit Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Roland Claus (DIE LINKE); seit 1976 Forschungen zu China und den deutsch-chinesischen Beziehungen; www.asiaticus.de